

GdP gratuliert Brandenburg

Dort wurden gute Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Polizei beschlossen

Loth: „Wir freuen uns aufrichtig für die Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg. Das geschnürte Maßnahmenpaket dort ist ein sehr gutes Zeichen für die Beschäftigten. Gleichzeitig fragen wir die Landesregierung in Mainz, warum sie sich vehement gegen Verbesserungen stemmt?“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert seit Jahren, die Erhöhung und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Zuletzt hatte das Land Niedersachsen im April dieses Jahres eine deutliche Erhöhung der Polizei- und Feuerwehrezulage umgesetzt. Weiter haben eine bessere Polizeizulage die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Bayern und der Bund. Und dass, obwohl Rheinland-Pfalz Geberland geworden ist beim Länderfinanzausgleich. Nun setzt Brandenburg in einem ersten Schritt die Erhöhung und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit um und die Dynamisierung soll geprüft werden.

Und die Polizeizulage ist nur ein Teil des Pakets. Weiter erhalten die Kolleginnen und Kollegen in der Sachbearbeitung zur Aufklärung von sexuellem Missbrauch von Kindern oder Kinder- und Jugendpornografie eine Erschwerniszulage in Höhe von 150€, eine Zulage für die ausländerrechtlichen Rückführungen in Höhe von 110€ und die feste Zusage der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung. Richtig so!

Wir räumen als Gewerkschaft der Polizei ein, dass die Besoldungs- und Zulagenstrukturen der Länder und des Bundes seit der Föderalismusreform 2006 kaum noch vergleichbar sind, dazu haben aber nicht die Gewerkschaften beigetragen, sondern das haben sich die Landesregierungen und die Bundesregierung selbst so ausgesucht.

„Wir haben es satt, hier aufgrund dieses Dschungels das Nachsehen zu haben und seitens der hiesigen Landesregierung immer die Länder als Gegenargumente vor Augen gehalten zu bekommen, die in einzelnen Besoldungs- oder Zulagenaspekten schlechter dastehen. Wir fordern als Gewerkschaft der Polizei die Erhöhung und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für Rheinland-Pfalz, weil wir endlich wieder einen attraktiven Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz sehen wollen“, so die stellvertretende Landesvorsitzende Stefanie Loth heute in Mainz.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 10.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik.

Bei Rückfragen steht Ihnen unsere stellv. Vorsitzende Steffi Loth gerne zur Verfügung:

E-Mail: steffi.loth@gdp-rlp.de

Mobil: 0170/6822042



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!